

Fraktion im Gemeinderat der Stadt Ellwangen
Berthold Weiß
Haller Str. 70
73479 Ellwangen
0176.30464959
Berthold.Weiss@gmx.de



Ellwangen, 07. Dezember 2023

- Es gilt das gesprochene Wort -

Haushalt 2024 der Stadt Ellwangen

Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen

Haushalten in Zeiten des Klimawandels

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dambacher,
lieber Herr Thomer,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

1. Zusammenarbeit

Heute haben wir unsere letzte Sitzung in 2023 bereits um 16:30 Uhr mit einem nicht öffentlichen Teil begonnen. Jetzt sind wir bei TOP 9 einer insgesamt 27 Punkte umfassenden Liste. Aber eigentlich sind die Haushaltsberatungen ja die Sternstunden des Parlaments, egal auf welcher föderalen Ebene; das Haushaltsrecht wird als Königsrecht bezeichnet: Weil wir, die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerschaft, am Ende das Sagen haben, welche Projekte, welche Maßnahmen, welche Prioritäten gesetzt werden. Wir hoffen, dass aufgrund der langen Tagesordnung niemand Druck verspürt, seine Anmerkungen und Beiträge zu diesem im ganzen Sitzungszyklus zentralen Tagesordnungspunkt zu beschneiden.

Guter Brauch und demokratisches Prinzip ist es, dass Mehrheitsentscheidungen akzeptiert und dann auch umgesetzt werden. Leicht fällt das natürlich, wenn die eigenen Anträge durchgegangen sind. Kein Problem mit Mehrheitsentscheidungen hat man, wenn sie mit stabilen Mehrheiten getroffen werden. Zu denken gibt uns aber, dass wir in der auslaufenden Legislatur die wichtigen Entscheidungen nicht mehr mit stabilen Mehrheiten treffen, sondern zunehmend in Lagern entscheiden. Denken wir

doch einmal zurück an vergangene große Themen wie die Umgestaltung des Marktplatzes, die langwierige Diskussion um das EATA-Projekt, die langen Besprechungen, ob wir eine Landesgartenschau wollen oder nicht: Am Ende standen hier nie einstimmige Beschlüsse, aber immer stabile Mehrheiten quer durch alle Fraktionen. Das ist uns verloren gegangen. Und damit ging auch ein Stück Vertrauen der Bürgerschaft in dieses Gremium verloren, weil unsere Bürgerinnen und Bürger an uns den Anspruch haben, Entscheidungen zum Wohl der Stadt zu treffen und nicht, weil es irgend einer Parteilinie entspricht. Dann kommt Ideologie ins Spiel, die wir eigentlich alle so wortreich ablehnen und welche vor allem in einem kommunalen Parlament nichts verloren haben sollte. Wir würden uns freuen, wenn wir zu dieser Form stabiler Mehrheitsentscheidungen zurückfinden könnten.

2. Klimaschutz

Froh sind wir bereits jetzt schon, dass wir bei dem aktuell drängendsten Thema weltweit, der Eindämmung des Klimawandels und der massiven Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, bereits mit einer solchen stabilen Mehrheit wichtige Beschlüsse gefasst haben. Besonders hervorheben möchten wir hier die Feststellung der Kommunalen Wärmeplanung in der Sitzung vom 26.10. diesen Jahres, mit welcher wir den Fahrplan in eine wenn nicht emissionsfreie, dann aber doch deutlich emissionsärmere Zukunft in unserer Guten Stadt festgelegt haben. Wir hoffen, dass wir später, im TOP 20 unserer heutigen Sitzung, mit der Schaffung des Wärmeverbunds an unserem Schulzentrum einen weiteren konkreten Schritt in diese Richtung gehen werden. Trotzdem haben wir immer wieder das Gefühl, dass sich die Bedeutung dieses Themas noch immer nicht in unseren Köpfen festgesetzt hat.

Schauen wir nur auf die Bundesebene: Der ideologische Slogan „Freie Fahrt für freie Bürger“ (liebe Kollegin, liebe Kollegen von der Fraktion der Freien Bürger: Das „frei“ in dem Slogan schreibt sich vorne klein, ist also nicht auf Sie gemünzt), an welchem sich vor allem die FDP festhält, verhindert die Einführung eines Tempolimits auf bundesdeutschen Autobahnen, welches sogar eine Mehrheit bei den ADAC-Mitgliedern fände, vor allem aber 6,7 Mio. Tonnen CO₂ ohne jegliche Mehrkosten in jedem Jahr einsparen würde. Meine Damen und Herren, wir wollen jetzt nicht ausrechnen, welche Flächen wir mit PV-Anlagen zupflastern müssten, um diese Wirkung zu erzielen – von dem Geld ganz zu schweigen, welches zu investieren wäre. Aber für uns ist dies ein Beispiel, wie eine ideologische Fixierung auf ein Thema, welches bei der Bevölkerung eigentlich gar keines mehr ist, die Zukunft der menschlichen Existenz auf unserem Planeten völlig ohne Not in Gefahr bringt.

Für unsere kommunalen Entscheidungen bedeutet dies, dass wir bei allen Beschlüssen nicht nur die Kosten im Blick behalten, sondern immer auch die Folgen für das Klima und die natürlichen Ressourcen mitdenken.

3. Migration

Was für Gründe wir nun immer wieder haben, uns für oder gegen eine Sache zu entscheiden, ist ja in der Regel ein ganz individuelles Ding. Wichtig finden wir, dass man die Sache, über die zu entscheiden ist, objektiv betrachtet, dass die Vor- und Nachteile abgewogen werden und dann nach sachlichen Gesichtspunkten entscheidet. Dabei kann man natürlich zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen.

Meine Damen und Herren, vor ziemlich genau einem Jahr haben wir uns in einer denkwürdigen Sitzung darauf verständigt, den Vertrag mit dem Land und dem Landkreis über den Betrieb der Landeserstaufnahmeeinrichtung nochmals bis zum 31.12.2025 zu verlängern. Die Zustimmung war für alle ein Kompromiss: Das eine Lager wollte die Einrichtung vertragsgemäß zum 31.12.2022 schließen, das andere hätte sich auch einen unbefristeten Betrieb vorstellen können. Aus den Reihen derer, die sich eine möglichst rasche Schließung wünschten, war zu hören, die Entscheidung habe vielleicht auch mit der Unzufriedenheit über die Bundes-Migrations-Politik zu tun; es wurde gesagt, dass Ellwangen genug der Last getragen habe und jetzt andere dran seien; es wurden immer mal wieder die Zustände aus 2015 zitiert, und als Parole wurde ausgegeben, die LEA müsse weg, koste es, was es wolle. Nur: Eine Entscheidung nach rationalen Gesichtspunkten wurde nicht getroffen. Die ganzen Fragen, die im Vorfeld hierzu hätten beantwortet werden müssten, wollte dieses Gremium noch nicht einmal hören.

Wir haben im Frühjahr dieses Jahres einen Antrag „Kommunale Flüchtlingsunterbringung“ gestellt und darin auch beantragt, die wesentlichen Dinge bis zur Sommerpause 2023 in einem Konzept darzustellen. Das ist leider bis heute nicht erfolgt. Nichtöffentlich – warum auch immer, Herr Oberbürgermeister – wurde das Gremium in der Zwischenzeit darüber zwar informiert, wo sich die Verwaltung eine Unterbringung unter Umständen vorstellen könnte. Leider finden wir im aktuellen Haushaltsplan keinen adäquaten Posten, in welchem eine Summe dafür benannt wird, geschweige denn einen für die sicher nötigen Umbau- bzw. Sanierungsmaßnahmen. Wir wissen auch, dass die Bereitstellung von Gebäuden nur einen kleinen, wenn auch zunehmend schwierigen Aspekt in der Fülle der Aufgaben für die Kommunen darstellt, die nicht wie die Stadt Ellwangen zu 100 % von der Unterbringung geflüchteter Menschen freigestellt sind. Wir erfahren von Ihnen nichts über die benötigten Plätze für die Kinderbetreuung, wie Sie sich die Beschulung vorstellen, wer die Betreuung der Menschen übernimmt, wer für die unbestimmte Zahl an Menschen ohne Deutsch-Kenntnisse die medizinische Versorgung übernimmt oder wie ein Sicherheitskonzept aussehen könnte. Was wir aber wissen, ist, dass wir all diese Aufgaben ab dem 01.01.2026, in ziemlich genau 2 Jahren, umzusetzen haben. Und: Dass wir dafür in den kommenden beiden Jahren viel Geld ausgeben müssen und viel Arbeit darauf zu verwenden haben, die eine Verwaltung erbringen muss, die eigentlich mit dem vielen, was sie auf der Brust hat, sagen wir einmal vorsichtig: Schon sehr gut

ausgelastet ist.

Wir würden sehr gerne erfahren, wie all diese genannten Maßnahmen die Haushalte der beiden kommenden Jahre belasten werden.

4. Haushalt

Lieber Herr Thomer,

Ihnen danken wir sehr herzlich für die Erläuterungen der unterschiedlichen Fachbegriffe im Haushaltsplan, welche die Orientierung immer wieder erleichtern, gerade auch den älteren Kolleginnen und Kollegen, die mit der Kameralistik und nicht der Doppik groß und hier im Gremium älter geworden sind. Trotzdem noch eine Nachfrage: Müsste es auf S. 43 nicht heißen, dass „gute Steuerjahre negative und schlechte Steuerjahre eher positive Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben der Kommune aus dem FAG und den entsprechenden Umlagen“ haben?

Wir danken Ihnen auch, dass Sie uns bereits auf S. 17 des Haushaltsplans die Angst vor einer Überschuldung nehmen, indem Sie darauf hinweisen, dass wir nur „bei einer Umsetzungsquote des Haushaltsplanes zu 100 % einen Schuldenstand von 45 Mio. € erreichen“. Aus der Erfahrung der letzten Jahre wissen wir auch, dass wir das niemals schaffen werden. Bedauernd, so fügen wir hinzu, haben wir damit aber die gleiche Situation wie im vergangenen und vorvergangenen Jahr: Wir schaffen es eben nicht, die wesentlichen Dinge von den nicht ganz so drängenden zu unterscheiden und damit auch die von der Aufsichtsbehörde angemahnte Priorisierung hinzubekommen. Und dazu laden wir uns noch Dinge wie die vorgenannte Flüchtlingsunterbringung auf, die aus unserer Sicht krapfunnötig sind.

Und klar ist auch, dass unser Investitionsprogramm sehr beeindruckend ist: So beläuft sich der städtische Anteil an der Finanzierung der Landesgartenschau einschließlich der Begleitprojekte bis jetzt schon auf knapp 50 Mio. €. Ende 2026 werden wir damit einen Schuldenstand von knapp 54 Mio. € haben. Weil: – davon gehen wir einfach mal aus – bei diesen Ausgaben werden wir die Umsetzungsquote von 100 % erreichen. Zu einigen Projekten haben wir noch Nachfragen:

- a. für den Campingplatz sind 2024 und 2025 4.084.000 € bzw. 1.058.000 € eingeplant, bei einem städtischen Anteil von 5,9 Millionen. Woher kommen die fehlenden rund 750.000 €?
- b. Für die Sanierung der Schule in Rindelbach sind 851.000 € (2024 und 2025 zusammen) im Investitionsprogramm. Ist das wirklich ausreichend für die anstehenden Maßnahmen? Bei der letzten Sitzung des Ortschaftsrates Rindelbach wurde ja von Kosten gesprochen, die „im zweistelligen Millionenbereich liegen“ können.
- c. Beim Kindergarten Eigenzell ist nach der Planungsrate von 20.000 € in diesem Jahr bis incl. 2027 nichts mehr im Investitionsplan zu finden. Könnten Sie uns erläutern, für was wir dort planen?

Die Auffassung der Stadtverwaltung, die Steuerhebesätze nicht zu verändern, um das Gewerbe, aber auch private Haushalte nicht zusätzlich zu belasten, teilen wir uneingeschränkt. Wir teilen aber auch die Einschätzung der Kämmerei, dass wir eine hohe Haushaltsdisziplin wahren müssen, um bei den investiven Aufgaben die gesetzten Ausgabengrenzen, vor allem aber bei den laufenden Ausgaben die Ausgabeansätze einzuhalten.

Unter diesem Aspekt halten wir auch den Beschluss für richtig, nicht notwendige Nebenprojekte der Landesgartenschau auf Eis zu legen bzw. gegebenenfalls zu streichen. Vor diesem Hintergrund müssen wir auch die Brücke zur Querung der Bachgasse im Blick behalten. Sollten wir auch hier ähnlich exorbitante Preissteigerungen wie bei anderen Projekten der Landesgartenschau zu erwarten haben, müssen wir uns mit dem Gedanken beschäftigen, dieses vor allem in der Bevölkerung umstrittene Bauwerk ebenfalls zu streichen und uns um eine pragmatische Lösung zu bemühen – und wenn es nur die Aufhübschung der bereits vorhandenen Unterführung ist. Auch die sogenannten „Blobs“ finden wir zwar sehr ansprechend – aber für ein Gelingen der Gartenschau nur dann auch umsetzbar, wenn die Finanzierung das überhaupt zulässt.

5. Soziales

Die allgemeine Ausgabe-Entwicklung öffentlicher Haushalte in den letzten Jahren lässt sich am Beispiel der Stadt Ellwangen sicher mustergültig aufzeigen. Bei einem Haushaltsvolumen von knapp 87 Mio. € belaufen sich die Personalkosten auf ca. 23,2 Mio. € und liegen damit ziemlich genau so viel über 25 % des Gesamthaushalts wie sie im Vergleichsjahr 2017 darunter gelegen sind. Damals aber hatten wir Personalkosten nur in Höhe von 13,6 Mio. €. Heißt: Die öffentlichen Haushalte haben ein enormes Wachstum erfahren, was mit vermehrten Investitionen, vor allem aber höheren Dienstleistungen, insgesamt also einer deutlich gestiegenen Aufgabenzuweisung durch den Gesetzgeber zu erklären ist. In unserem Personalhaushalt finden sich diese wieder in der Ämterstruktur und einer Ausweitung vor allem auch im sozialen Bereich. Ab 2026 werden wir hier ebenfalls zu einer weiteren deutlichen Kostensteigerung kommen, die durch die Zusatzaufgaben, die wir wegen der Flüchtlingsunterbringung zu erbringen haben, entstehen.

Ein großer Posten im Personalhaushalt ist mit über 6,5 Mio. € der Sozialbereich, der insbesondere mit der Kinderbetreuung, aber auch der Jugend- und Schulsozialarbeit zu aufwartet. Wir sagen es ganz klar: Diese Ausgaben sind Investitionen in unsere Zukunft. Insbesondere eine gute Kinderbetreuung ist nicht mehr unter dem Aspekt „Schön, dass wir das haben“ einzuordnen, sondern für die Wahl des Wohnsitzes vieler Neubürgerinnen und -bürger knallharter Standortfaktor.

Für weitere Investitionen im sozialen Bereich sehen wir in den nächsten Jahren wenig Spielraum. Besonders schade finden wir, dass wir den Wunsch des Seniorenrats

nach einer Begegnungsstätte nicht mit dieser zusätzlichen Maßnahme erfüllen können. Alle diskutierten Vorstellung scheitern an den teilweise exorbitanten Kosten. Hier sollten wir kreative Lösungen beispielsweise in der ehemaligen Kaserne zusammen mit dem Gebäudemanagement der Stadt Ellwangen suchen.

6. **Konversion**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch bei den Entscheidungen die Konversion betreffend hatten wir fast immer die anfangs beschriebene Lagerbildung. Sie erinnern sich ja alle an die Sitzung vor drei Jahren in der Stadthalle, als wir dem Druck der Stadtverwaltung nachgaben und uns gegen einen städteplanerischen Wettbewerb für die große Entwicklungsfläche unserer künftigen Südstadt aussprachen. Heute ist klar, dass wir mit dieser Entscheidung die einmalige Chance vergeben haben, uns unter mehreren Entwürfen die zukunftsfähigste auszusuchen. Neben dem Klimawandel haben wir ja insbesondere das Thema bezahlbaren Wohnraum zu beachten. Heute aber können wir uns nochmals Gedanken machen, ob der eingeschlagene Weg unbeirrt weitergegangen werden muss, haben sich doch alle Parameter nicht zuletzt durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und dessen Auswirkungen auch auf unsere Wirtschaft massiv verändert: Es ist ja nicht nur die Wirtschaftsleistung insgesamt massiv zurückgegangen, auch die Investitionen in Bauprojekte sind für die nächsten Jahre auf einem absoluten Tiefpunkt.

Aus unserer Sicht sollten wir uns daher schwerpunktmäßig mit dem Technischen Bereich beschäftigen und hier eine Teilerschließung angehen. Ein weiterer Grundstückskauf mit auf Jahre hinaus völlig ungewisser Vermarktungschance verbietet sich aus unserer Sicht. Darüber hinaus unterstützen wir die weiteren Anstrengungen der Stadtverwaltung im Bereich Mühlberg. Aber auch die BIMA-Gebäude entlang der Hohenstaufenstraße müssen wir im Blick behalten: Diese würden sich hervorragend als Grundstock für eine wie immer geartete städtische Wohnungsinitiative eignen.

7. **Ortschaften**

Mit großem Interesse haben wir die Protokolle über die Haushaltssitzungen der Ortschaftsräte gelesen. Dabei sind uns zweierlei Dinge aufgefallen:

- Grundsätzlich werden die überall geplanten Investitionen sehr positiv gesehen.
- In allen Ortschaften werden zusätzliche Projekte beantragt.

Unsere Frage dazu: Gab es dazu auch Deckungsvorschläge aus den Ortschaften? Wir sind der Auffassung, dass wir ohne solche keine Zustimmung zu weiteren Projekten geben können, die einerseits nicht in der Priorisierung enthalten sind, andererseits auch nicht etatisiert sind.

Ein großes Thema ist überall auch die vorgesehene Kürzung der Geschäftsaufwendungen der Ortsvorsteher/innen um 50 %. Wir bitten um Mitteilung, welchen Hintergrund diese Kürzung hat und ob das in einem Zusammenhang mit den Ortschaftsbudgets steht.

Auch zu diesen haben wir noch eine Nachfrage: Wurden diese nach den festgelegten Grundsätzen verwendet? Nach der Lektüre unterschiedlicher Zeitungsberichte könnte man durchaus die Auffassung vertreten, dass hier zumindest teilweise eine Vereinsförderung stattfindet, die wir so ganz sicher nicht beabsichtigt hatten. Vielleicht rühren daher auch die Nachfragen von Vereinen aus der Kernstadt, warum eigentlich nur die Ortschaften, nicht aber die Kernstadt über ein solches Budget verfügen? Wir freuen uns dazu auf Ihren Bericht und machen von diesem einen Antrag zur Einrichtung eines Budgets für die Kernstadt abhängig, über welchen dann die aus den Wahlbezirken der Kernstadt stammenden Mitglieder des Gemeinderats befinden sollen.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.